Der oberschlesische

Wanderer

Gegründet 1828

Nr. 265
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Donnerstag, den 15. November 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 36 Milliarden Mk., für poln. Oberschl. 30000 poln. Mk.

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis für die Woche vom 12.—18. November in Deutsch-Oberschl. 0,60 GM, zurzeit einhundertzwanzig Milliarden Mark, in Poln.-Oberschlesien 120000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einspaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM, für auswärtige Anzeigen die einspaltige mm-Zeile 0,20 GM, im Reklameteil 0,80 GM. Amtliche, Finanz- und Heilmittelanz. im Industriebez. 0,20 GM, amtl. Anz. auswärts 0,40 GM. In Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen die mm-Zeile 20000 poln. Mk., für Ortsanz. 16000 poln. Mk. Angebots- und Auskunftsvermittlg. 0,10 GM, Beilagen. gebühr 2,— GM ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Frankreich fordert Ausweisung des Kronprinzen

R. Rotterdam, 15. November. (Eigener Bericht.) Die französische Regierung hat in London den Vorschlag unterbreitet, den Aufenthalt des Kronprinzen in Deutschland zu verbieten und die Ausweisung zu verlangen. Im Ablehnungsfalle sollen die Entente-Mächte scharfe Sanktionen verfügen. Die englische Regierung hat den Vorschlag abgelehnt, weil der Friedensvertrag im Widerspruch zu den französischen Vorschlägen stehe. Frankreich will nun selbst die Kronprinzen-Ausweisung fordern.

Der häusliche Streit

In welchem Lager ist Deutschland?

§§ Gleiwitz, 14. November.

Bei Homer pflegten die Helden vor Beginn ihrer Zweikämpfe mit einer Flut von Beschimpfungen sich gegenseitig zu verhöhnen, um dann wacker aufeinander loszuschlagen, und am Schluß mit den Verbeugungen gegenseitiger Hochachtung auseinander zu gehen. Die Helden des Münchener Karnevalabenteuers halten's umgekehrt. Zunächst scheinbar schönste Eintracht — dann ein Scharmützel, eingeleitet von gewaltigen Gesten und zum Schluß ein wildes Schimpfen und Beschuldigen. Jeder wirft dem andern Schmach, Heimtücke und Verrat vor und behauptet, in seinem Lager sei Deutschland und er allein sei der wahre und eigentliche Retter des Vaterlandes. Ob Hitler den Kahr, oder Kahr den Hitler und Ludendorff verraten und übers Ohr gehauen hat, ist für die deutsche Sache als solche natürlich belanglos. Ebenso belanglos, wie die gewaltige Proklamation, die Herr von Graefe jetzt in Wulle's „Deutschem Tageblatt" veröffentlicht, um, als Augenzeuge (er war extra zur Beteiligung am dritten Putsch nach München gefahren) seine Freunde Hitler und Ludendorff reinzuwaschen und auf den vom Wittelsbach und den Bevollmächtigten des Kapitäns Ehrhardt umgestimmten Herrn v. Kahr alle Schmach des schimpflichen Ausganges zu häufen. Aber noch immer gibt es, trotz allem, zumal unter der Jugend, irregeführte und ehrliche Patrioten, die da glauben, Deutschland sei im Lager derer, die jetzt sein Leben und seine Zukunft bedrohen. Nein, Herr von Kahr, so wenig wie der unterlegenen Völkischen darf diesen Ehrentitel für sich in Anspruch nehmen, und daran ändern auch alle nachträglichen Rechtfertigungen und gegenseitigen Beschuldigungen nicht das mindeste. Deutschland ist in dem Lager derer, die am Rhein und Ruhr ihr stummes und verzweifeltes Heldentum als unzerreißbaren Block französischer Brutalität und separatistischer Tücke entgegenstellen, Deutschland ist in dem Lager derer, die für ein lächerliches Entgelt in mühseliger Kleinarbeit sich um die Gesundung seiner Produktion, seiner Finanzwirtschaft und seiner Volksmoral bemühen, die unbekümmert von Schlagworten der Parteien am Vaterland hängen, weil sie in ihm das Symbol sehen, für jenen wahren deutschen Geist der Einheit und Freiheit, dessen Sieg sie noch einmal zu erleben hoffen.

Dr. Stresemann hat in Halle manches treffende und kluge Wort gesprochen, aber der heiße und mächtige Atem sittlicher Empörung und mannhaften Widerstandes gegen die Reichszerstörer wehte durch seine Rede nicht. Beschwichtigungen, Ausgleichungsversuche nach hier und dort, das war seine Stärke als Abgeordneter und bleibt seine Taktik als Kanzler; die handhafte und aufrechte Haltung, die Tausende von ihm erwarten, hat er gegen den äußeren Feind wohl trefflich bewährt, aber noch immer ist die Lähmung gegenüber seinen trotz allem unversöhnlichen und bis ans Ende gehenden Gegnern von Rechts nicht von ihm gewichen. Es heißt jetzt, daß die Regierung sich der von sozialdemokratischer und demokratischer Seite gewünschten Einberufung des Reichstages vorläufig widersetzen wolle, weil sie von einer innerpolitischen Aussprache nur eine neue Verstimmung in Bayern und ein Zusammenschweißen der rechtsradikalen Richtungen befürchten müsse. Das Parlament bleibt also weiterhin ausgeschaltet. Die Gelegenheit, sich der Größe der Stunde gewachsen zu zeigen, sollen nicht ergriffen werden. Auch der militärische Ausnahmezustand bleibt bis auf weiteres bestehen. So wird denn alles abhängen von der Charakterfestigkeit, Weitsicht und Entschlossenheit des Generals von Seeckt. Und die Vaterlandstreuen, der beste und größte Teil des deutschen Volkes, hofft nichts inbrünstiger, als das im Lager des Herrn von Seeckt Deutschland stehe.

Endlich Reichstags-Einberufung

TU. Berlin, 14. Nov. Der Aeltestenrat des Reichstages trat im Gegensatz zu den bisherigen Dispositionen auf Veranlassung mehrerer Parteien schon heut abend zusammen und beschloß nach einstimmiger Beratung, die Plenarsitzung des Reichstages am Dienstag, den 20. November, nachmittags 1 Uhr stattfinden zu lassen. Auf die Tagesordnung wurden außer kleinen Verträgen mit auswärtigen Staaten die politische Aussprache gesetzt. Am Sonnabend vormittag wird der auswärtige Ausschuß tagen.

Entlassung der Ruhrbergleute

TU. Gelsenkirchen, 15. November. (Telunion). Die rheinisch-westfälischen Zechen machen durch Anschlag bekannt, daß sie gezwungen sind, zum 30. November ihre gesamten Belegschaften zu entlassen. Begründet wird diese Maßnahme mit dem Mangel an Betriebsmitteln, sowie vor allem mit der Haltung der französischen Besatzungsbehörde, die eine Wiederaufnahme des Betriebes unmöglich macht.

Immer höher

Berlin, 14. November. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag, den 12. November auf das 218,5 Milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (98,5) beträgt demnach 121,8 Prozent.

Berlin, 14. November. Die auf den Stichtag des 13. November berechnete Groß-Handels-Indexziffer des statistischen Reichsamtes ergibt bei einem amtlichen Dollarkurse von 840 Milliarden das 265,6 Milliardenfache der Vorkriegspreise und ist gegenüber dem Stande vom 6. November um 106 Prozent gestiegen.

Ein Brot 240 Milliarden

TU. Berlin, 14. Nov. Im Hinblick auf die Erhöhung der Devisenkurse ist der Brotpreis ab heute auf 210 bezw. 240 Milliarden und der Preis für Semmeln auf 9 Milliarden festgesetzt worden.

Noch keine Einigung

TU. Düsseldorf, 15. Novbr. Wie verlautet, sind die Verhandlungen der Sechser-Kommission des Bergbauvereins mit der Micum gestern wider Erwarten nicht zum Abschluß gekommen. Es war über alle die Hütten und Zechen betreffenden Wirtschaftsfragen eine Uebereinstimmung erzielt worden, nämlich 1. über die Kohlensteuer für die zurückliegende Zeit, 2. über die Reparationsleistungen, 3. über die Abgabe auf die frische Förderung, 4. über die Ein- und Ausfuhrbedingungen und Abgabe, 5. über die von der Micum verlangten Kontrollmaßnahmen, 6. über die Frage der Regiezechen, 7. über die hohen Beträge der Beschlagnahme auf den Hüttenwerken. Die Verhandlungen konnten nicht fortgesetzt werden, da die Micum-Vertreter die Anerkennung der Leistungen auf Reparations-Konto überraschender Weise ablehnten.

Strafaufschub für Krupp

T.-U. Gelsenkirchen, 14. Nov. Nachdem das Betriebsratsmitglied Böhler, dessen Haftzeit im Dezember abgelaufen wäre, in diesen Tagen bereits endgültig aus dem Gefängnis entlassen wurde, ist nun auch den seit kurzem aus der Haft beurlaubten Herren Krupp von Bohlen und Halbach und seinen Direktoren Strafaufschub bewilligt worden. Die Herren werden ihre Posten innerhalb der Kruppschen Fabrik wieder aufnehmen.

Ein Goldmarketat?

Berlin, 14. November. Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm gestern Stellung zu der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen ein in sich balanzierender Etat in Goldmark aufgestellt werden kann. Eine Untersuchung des Reichsfinanzministers kommt in dieser Hinsicht zu einem Bedarf für 1920 auf 810, für 1921 von 1190 und für 1922 von 1470 Goldmillionen. Für den zukünftigen Dauerbedarf nennt die Denkschrift eine Summe von rund 1200 Goldmillionen und unter Berücksichtigung verschiedener Umstände einen Betrag von 2,2 bis 2,4 Goldmark-Milliarden. Die etwaigen Besoldungszuschüsse an die Gemeinden dürften eine weitere Goldmilliarde beanspruchen. Diesem Ausgabe bedarf gegenüber steht nach vorsichtiger Einnahmeschätzung bei Stabilität ein Betrag von 3,1 Milliarden Goldmark, sodaß der Haushalt nur mit den größten Steueranstrengungen im Gleichgewicht gehalten werden könnte. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte dazu, daß diese Aufstellung keine abschließende sei, sondern lediglich den Anstoß zu einer ernsthaften Prüfung der Frage geben soll.

Deutschlands Sachleistungen

TU. Paris, 15. Nov. Der General-Sekretär der Reparations-Kommission hat dem Leiter der Kriegslasten-Kommission mitgeteilt, daß die Reparations-Kommission sobald als möglich die Beauftragten der Reichsregierung [illegible] der Frage der deutschen Publum-Fabrikat[illegible] Note vom 2. November, in der [illegible] Berliner Kabinett sich zur Finanzierung der Wi[illegible]leistungen außerstande erklärt, vernehmen m[illegible]

Ausgabe der Rentenmark

TU. Berlin, 15. November. Reichsfinanzminister Dr. Luther hat an die deutsche Rentenbank folgendes Schreiben gerichtet: Auf Grund des § 47 der vorläufigen Durchführungsbestimmungen der Verordnung über die Errichtung der deutschen Rentenbank ermächtige ich die deutsche Rentenbank, am 15. November mit der Ausgabe der Rentenbankscheine zu beginnen.

TU. Berlin, 15. Nov. Die Ausgabe der Rentenmark wird trotz der durch den Buchdruckerstreik hervorgerufenen Störungen doch pünktlich am 15. November beginnen. Allerdings werden vorläufig nur 30% des Lohnes in Rentenmark gezahlt werden. Von Woche zu Woche hofft man die Quote steigern zu können. Mit der Ausgabe von Rentenpfennigen soll schon bald begonnen werden.

Militärkontrolle und Kronprinz

T.-U. Paris, 14. Nov. Die Botschafter-Konferenz ist heute früh zur Fortsetzung ihrer Verhandlungen über die Militärkontrolle in Deutschland sowie über die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland zusammengetreten. Wahrscheinlich wird die Sitzung abgebrochen und entweder heute abend oder morgen fortgesetzt werden.

Wertbeständige Briefmarken

TU. Berlin, 14. Novbr. Wie die TU. erfährt, wird die Reichspostverwaltung vom 1. Dezember ab wertbeständige Marken einführen und zwar wird man die früheren Werte 3, 5 und 10 Pfennige als Grundlage nehmen. Dadurch werden die Schwierigkeiten, die jetzt in der Herstellung und rechtzeitigen Beschaffung der Marken lagen, aufgehoben werden. Auf Veranlassung des Sparkommissars ist außerdem die Wiederherstellung und Verwendung von Dienstmarken eingestellt worden.

Ein Arbeitswilligen-Verband

im Buchdruckergewerbe.

TU. Berlin, 14. Nov. Im Zusammenhang mit dem Berliner Buchdruckerstreik hat sich, wie der T.-U. mitgeteilt wird, im Rahmen des Nationalverbandes deutscher Berufsverbände ein Berufsverband deutscher Buchdrucker gebildet, dem bereits eine größere Anzahl arbeitswilliger Buchdrucker beigetreten ist.

Die Meuterei in Warschau

TU. Warschau, 14. Novbr. Amtlich wird über die Ereignisse in Krakau mitgeteilt: Bei den Ereignissen in Krakau am 6. November fanden vom Offizierkorps des Ulanen-Regiments 8 die Rittmeister Bochenek und Lukasiewicz, Oberleutnant Zagorski und 4 Mann des Regiments den Tod. Der Regimentskommandeur, Oberst Bzowski, wurde an beiden Füßen schwer verwundet. Verwundet wurden außerdem 7 Offiziere und 64 Mann des Regiments. 10 Pferde sind erschossen, 100 verwundet worden.

Finsteres Gewölk

Frankreichs Rheinpolitik erfolgreich — Fortfall der Erwerbslosen-Unterstützung am Rhein — Verlust der Hoheitsrechte am Rhein und Ruhr

T.-U. Berlin, 14. Nov. Am Dienstag fanden Besprechungen in der Reichskanzlei statt, an denen die Reichsregierung, die Ministerpräsidenten der Länder, deren Gebiete zum Teil besetzt sind und Vertreter der besetzten Gebiete teilnahmen. Die Reichsregierung legte ihren Standpunkt eingehend dar. Im gemeinsamen Zusammenarbeiten mit den großen Wirtschaftsverbänden hätte sie versucht, die Arbeit im besetzten Gebiet wieder in Gang zu bringen. Dank der französischen Behinderungspolitik wären die Bemühungen der Regierung gescheitert. Die Zahl der Arbeitslosen wäre auf 2 Millionen gestiegen bei einer Erwerbslosenzahl von 700 000 im übrigen Deutschland. Infolge der katastrophalen finanziellen Lage des Reichs vertrat die Reichsregierung [illegible] weitere Zahlungen an die Erwerbslosen im besetzten Gebiet nicht erfolgen könnten. Die Papiermark wäre tot. Im unbesetzten Deutschland könnten mit ihr wenigstens noch die Ausgaben für den täglichen Lebensunterhalt bestritten werden. Im besetzten Gebiet dagegen hätte sie fast jeglichen Wert verloren. Von dem Reichsfinanzministerium wäre für die nächsten 10 Tage nach Einführung der Rentenmark die Zahlung für die Erwerbslosen im besetzten Gebiet auf 85 bis 100 Millionen Goldmark eingeschätzt worden.

Die Schätzung des Reichsarbeitsministeriums gehe hierüber noch weit hinaus, sodaß die Vermutungen nahe liegen, daß in kurzer Zeit der Gesamtvorrat an Rentenmark in das besetzte Gebiet für die Zahlung an die Erwerbslosen abwandern werde. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend erörterte die Reichsregierung, was nach Einstellung der Zahlungen an das besetzte Gebiet in Zukunft geschehen kann. Sie vertrat den Standpunkt, daß es sich im Rhein- und Ruhrgebiet um eine tatsächliche Okkupation durch Frankreich und Belgien handle, die es den verfassungsmäßigen Regierungen unmöglich machen, ihre Hoheitsrechte auszuüben. Eine Legalisierung der von den Okkupationsmächten geschaffenen Lage kann bei der Reichsregierung unter keinen Umständen in Frage kommen.

Deshalb kann die Reichsregierung einer Abtretung der Hoheitsrechte, wenn auch nur für kurze Zeit, in keinem Falle zustimmen, die unweigerlich zu einer völligen Loslösung des Rhein- und Ruhrgebiets führen würde. Die Vertreter der Länder und des besetzten Gebietes traten in vollem Umfange der Auffassung der Reichsregierung bei. Im weiteren Verlauf der Besprechung wurde eingehend die Frage erörtert, ob eine rheinische Organisation mit besonderen wirtschaftlichen Vollmachten zum Zwecke der Besprechungen geschaffen werden soll, die die Verhandlungen mit den Okkupationsmächten erleichtern würde. Eine Entscheidung in dieser Richtung wurde nicht getroffen. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Herzog von Cumberland †

TU. Hannover, 14. Nov. Wie ein Telegramm aus Gmunden meldet, ist der Herzog von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg heute nachmittag 3 Uhr sanft entschlafen.

Britische Vorwürfe gegen Frankreich

R. London, 15. Novbr. (Eig. Ber.) In einem Notenaustausch zählt die englische Regierung Poincaré eine Reihe von Tatsachen auf, in denen sie den Beweis dafür erbringen will, daß zahlreiche französische Beamte im Rheinland und in der Rheinpfalz im Hinblick auf die Abfallbewegung, keine Haltung absoluter Neutralität eingenommen haben.

Der Wahlkampf in England

TU. London, 15. Nov. Schon gegen Ende dieser Woche wird in England der große Wahlkampf beginnen. Lloyd George wird das Feuer eröffnen durch eine große Rede, die er am Sonnabend in Nordhampton halten wird. Baldwin wird am Montag auf einem großen Meeting der konservativen Partei in London sprechen.